

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

vom 15. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Dezember 2020)

zum Thema:

Extremistische Vorkommnisse und Diskriminierung in der Berliner Justiz

und **Antwort** vom 30. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Dez. 2020)

Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25 929

vom 15. Dezember 2020

über Extremistische Vorkommnisse und Diskriminierung in der Berliner Justiz

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Straf- und/oder dienstrechtliche Verfahren wurden gegen Berliner Richter*innen seit 2010 mit Bezug zu extremistischen Verbindungen, Strukturen oder möglichen extremistischen Überzeugungen eingeleitet (bitte nach Jahren und Gericht sowie Extremismus aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus den Reihen der Berliner Richterschaft bzw. der sonstigen Berliner Justiz eingeleitet?
 - b) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung eingeleitet?
2. Wie viele Straf- und/oder dienstrechtliche Verfahren wurden gegen Berliner Staatsanwält*innen seit 2010 mit Bezug zu extremistischen Verbindungen, Strukturen oder möglichen extremistischen Überzeugungen eingeleitet (bitte nach Jahren und Staatsanwaltschaft sowie Extremismus aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus den Reihen der Berliner Staatsanwaltschaft bzw. der sonstigen Berliner Justiz eingeleitet?
 - b) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung eingeleitet?
3. Wie viele Straf- und/oder dienstrechtliche Verfahren wurden gegen Beamt*innen oder Angestellte des Berliner Justizvollzuges seit 2010 mit Bezug zu extremistischen Verbindungen, Strukturen oder möglichen extremistischen Überzeugungen eingeleitet (bitte nach Jahren und Dienstort sowie Extremismus aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus den Reihen des Berliner Justizvollzuges bzw. der sonstigen Berliner Justiz eingeleitet?
 - b) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung eingeleitet?

4. Wie viele Straf- und/oder dienstrechtliche Verfahren wurden gegen Berliner Richter*innen seit 2010 wegen Rassismus-, Sexismus-, Antisemitismus- oder anderen Diskriminierungs-Vorwürfen eingeleitet (bitte nach Jahren und Gericht sowie Vorwurf aufschlüsseln)?

- a) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus den Reihen der Berliner Richterschaft bzw. der sonstigen Berliner Justiz eingeleitet?
- b) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung eingeleitet?

5. Wie viele Straf- und/oder dienstrechtliche Verfahren wurden gegen Berliner Staatsanwält*innen seit 2010 wegen Rassismus-, Sexismus-, Antisemitismus- oder anderen Diskriminierungs-Vorwürfen eingeleitet (bitte nach Jahren und Staatsanwaltschaft sowie Vorwurf aufschlüsseln)?

- a) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus den Reihen der Berliner Staatsanwaltschaft bzw. der sonstigen Berliner Justiz eingeleitet?
- b) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung eingeleitet?

6. Wie viele Straf- und/oder dienstrechtliche Verfahren wurden gegen Beamt*innen oder Angestellte des Berliner Justizvollzuges seit 2010 wegen Rassismus-, Sexismus-, Antisemitismus- oder anderen Diskriminierungs-Vorwürfen eingeleitet (bitte nach Jahren und Dienstort sowie Vorwurf aufschlüsseln)?

- a) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus den Reihen des Berliner Justizvollzuges bzw. der sonstigen Berliner Justiz eingeleitet?
- b) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung eingeleitet?

Zu 1. bis 6.: Der den Disziplinarverfahren zugrundeliegende Sachverhalt wird nicht statistisch auswertbar erfasst.

Im Bereich des Justizvollzuges und der Sozialen Dienste der Justiz werden seit dem 18. November 2020 im Rahmen einer Berichtspflicht Vorfälle mit demokratiefeindlichen Tendenzen anonymisiert erfasst und an die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gemeldet. Bisher sind keine Vorfälle bekannt.

Nach Meldung der Justizvollzugsanstalten und den Sozialen Diensten der Justiz zu Disziplinarverfahren, die wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingeleitet wurden, kann folgendes mitgeteilt werden:

Jugendstrafanstalt (JSA):

Jahr	Anzahl Disziplinarverfahren
2018	1
2019	1
2020	1

In einem weiteren Fall wurde im Jahr 2019 Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet. Das Verfahren wurde eingestellt. Ein Disziplinarverfahren wurde nicht eingeleitet.

Im Aktenverwaltungssystem der Strafverfolgungsbehörden (MESTA) wird der Beruf des Beschuldigten bzw. der Beschuldigten nicht statistisch auswertbar erfasst, auch gibt es kein eigenes Sachgebiet im bundeseinheitlichen Erfassungssystem für die Personalbedarfsberechnung (Pebb§y), welches nur Straftaten von Richterinnen, Richtern, Staatsanwältinnen, Staatsanwälte und Vollzugsbeamte (bzw. Tarifbeschäftigte in den Justizvollzugsanstalten) erfassen würde, sodass bezüglich der angefragten strafrechtlichen Verfahren keine statistisch auswertbaren Daten vorliegen.

Unter anderem auf Grund des einhergehenden Verlusts der Beamtenrechte nach § 24 Abs. 1 S.1 Nr. 1 Beamtenstatusgesetz ist aktuell bekannt, dass im März 2020 ein Justizvollzugsbeamter der Jugendstrafanstalt unter anderem wegen des Verwendens von

Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und unerlaubten Waffenbesitzes vom Landgericht Berlin zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt.

7. Was tut der Senat, um extremistischen Tendenzen innerhalb der Berliner Justiz entgegen zu wirken und wie wird der Erfolg dieser Maßnahmen bewertet?

Zu 7: Innerhalb des Kreises der Mitarbeitenden der Berliner Justiz sind extremistische Tendenzen bislang kaum in Erscheinung getreten. Damit dies –weiterhin so bleibt, sollen vor allem die Bereiche Aufklärung, Bildung und Sensibilisierung verstärkt werden: Derzeit wird dafür zum Beispiel ein Konzept zur Ausweitung von – laufbahnübergreifenden – Schulungen erarbeitet. Schwerpunkt soll das Wirken der Justiz in der NS-Zeit und in der ehemaligen DDR sein. Hierdurch soll aufgeklärt und sensibilisiert und zudem nochmals auf die besondere Bedeutung einer unabhängigen Justiz hingewiesen werden. Bisher finden Fortbildungen in diesem Bereich vornehmlich im Rahmen von mehrtägigen Veranstaltungen statt. Durch die Einführung von halbtägigen Inhouse-Veranstaltungen soll eine höhere Reichweite erzielt werden. Zugleich wird auch eine Ausweitung der Thematik auf die Ausbildung der Anwältinnen und Anwält in den Justizberufen geprüft. Dort sollen erfolgreiche Konzepte aus der Rechtsreferendarausbildung übernommen werden.

In Bezug auf extremistische Tendenzen, die von der sog. Reichsbürgerszene ausgehen, erfolgen zudem Schulungen der Mitarbeitenden der Justiz durch Mitarbeitende des Verfassungsschutzes.

Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz) erfolgen Sicherheitsüberprüfungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entsprechend sensiblen Bereichen, wie beispielsweise der Dezernentinnen und Dezernenten der Abteilung 17 der Generalstaatsanwaltschaft Berlin (Terrorismusbekämpfung) oder auch der Abteilungsleitungen der im politischen Bereich tätigen Abteilungen der Staatsanwaltschaft Berlin.

Im Rahmen des Vorbereitungsdienstes werden die Beamtenanwältinnen und -anwält an der Bildungsstätte Justizvollzug in den Lernmodulen Extremismus, Kriminologie, Politische Bildung/Staats- und Verfassungsrecht und Praxis des Vollzugs mit Inhalten zur „Vermittlung der Grundwerte der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ und „Umgang mit Indikatoren Extremismus und Radikalisierung“ geschult.

8. Was tut der Senat, um diskriminierenden Einstellungen innerhalb der Berliner Justiz entgegen zu wirken und wie wird der Erfolg dieser Maßnahmen bewertet?

Zu 8. Im Bereich der Geschlechterdiskriminierung im höheren Justizdienst hat die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zahlreiche Maßnahmen und Fortbildungsprogramme mit dem Ziel auf den Weg gebracht, in diesem Bereich wenigstens eine paritätische Besetzung der Beförderungsstellen durch Männer und Frauen zu erreichen. Ebenso sollen im Beurteilungswesen entsprechende Kompetenzen im Umgang mit den verschiedenen Dimensionen an Vielfalt, der Anwendung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes und des Landesantidiskriminierungsgesetzes stärker Berücksichtigung finden.

Auch im Bereich Diversity und interkulturelle Kompetenz sollen verstärkt Schulungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des nachgeordneten Bereichs angeboten werden.

Im Rahmen des Auswahlverfahrens der Justizvollzugsanwärterinnen und -anwärter wird eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister nach § 41 Bundeszentralregistergesetz eingeholt. Zudem werden im Auswahlverfahren die persönlichen Einstellungen der Bewerberinnen und Bewerber auf vielfältige Weise hinterfragt. Im Rahmen des Vorbereitungsdienstes werden die Beamtenanwärterinnen und -anwärter an der Bildungsstätte Justizvollzug in verschiedenen Lernmodulen zu ihren Pflichten als Beamtinnen und Beamte und auch zu gesetzlichen Grundlagen wie zum Beispiel dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und dem Landesantidiskriminierungsgesetz geschult.

Die Justizverwaltung hat im letzten Jahr gemeinsam mit der Jugendstrafanstalt das Projekt „Vielfalt im Jugendvollzug gemeinsam gestalten“ durchgeführt. Das Projekt zielt darauf ab, die Beschäftigten der JSA in ihrem alltäglichen Umgang mit Vielfalt und möglichen Diskriminierungen zu unterstützen. Um dieses Ziel zu erreichen wurden Interviews mit Beschäftigten und Führungskräften in der JSA geführt und ausgewertet. Die Ergebnisse der Untersuchung und dort formulierte Empfehlungen werden – sobald dies in Anbetracht der SARS-CoV-2-Pandemie wieder vertretbar erscheint – mit der Leitung der JSA besprochen und auf dieser Basis Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt und zum Abbau von Diskriminierungen formuliert und umgesetzt.

Des Weiteren wurde ein speziell für Justizvollzugsanstalten angepasstes Diversity-Training in einer JVA durchgeführt und evaluiert.

Im Rahmen der Umsetzung des Diversity-Landesprogramms hat am 04. Dezember 2020 eine Kick-Off-Veranstaltung mit allen Abteilungen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung stattgefunden. Es ist geplant, die Aktivitäten für Vielfalt und gegen Diskriminierungen deutlich zu stärken und in allen Abteilungen entsprechende Maßnahmen zu formulieren und umzusetzen.

Berlin, den 30. Dezember 2020

In Vertretung

Margit Gottstein
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung